

rungsorte dokumentieren. Das Sammeln der Archivalien selbst sollte bei den Gruppen und Vereinigungen verbleiben, da es ihnen besonders leicht fällt, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens seltene Dokumente aus Privathand zu erhalten. In weiterer Zukunft wäre eine Publikation von Materialien für die politische Bildung, ein Handbuch zum Widerstand und Opposition der DDR sowie die Sammlung von Lebensberichten denkbar. Dazu könnten ein Informationsbulletin, die Vermittlung von Ost-West-Kontakten sowie von Kontakten zu oppositionellen Bewegungen in Osteuropa und ein Register der laufenden Forschungsarbeiten kommen.

Ich komme zum Schluß und zu meinem vierten Punkt: Ich denke, daß eine solche Institution, die sich mit der SED-Diktatur befaßt und sich die beschriebenen Aufgaben zum Ziel setzt, zur Zeit in Deutschland nur der Bundestag durchsetzen kann. Es handelt sich dabei um eine Aufgabe, die unmittelbar auf ihre Lösung drängt, damit nicht der größer werdende Abstand zur Diktatur, die Nostalgie und die politisch-instrumentalisierte Verklärung umso schneller wachsen. Dem sollten Bundestag und andere politische Institutionen energisch widerstehen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Herzlichen Dank, Rainer Eckert. Wir kommen jetzt in die Phase der Diskussion. Es ist wieder so wie am Vormittag, daß wir in einer ersten Runde die Mitglieder der Kommission bitten, Beiträge zu geben oder Fragen zu stellen. Ich denke, gerade dieser Themenkomplex ist besonders dazu geeignet, miteinander ins Gespräch zu kommen. In einem zweiten Teil der Diskussion wird diese dann für das Publikum geöffnet. Dadurch, daß wir die Reihenfolge – wie angesprochen – umgestellt haben und ich selbst einen Termin mit Prof. Geremek aus Polen habe, der sich um 1 1/2 Stunden vorgeschoben hat, muß auch ich in wenigen Minuten den Raum verlassen, so daß Tilo Braune dann die Diskussion weiter moderiert. Auf der Liste ist der erste Prof. Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Es tut mir leid, daß Pfarrer Stauss nun schon gehen mußte, aber trotzdem wird man sich natürlich mit seinem Referat beschäftigen müssen, das ja grundlegend gemeint war.

Gesprächsleiter Abg. Markus Meckel: Ich denke, das sollte man wirklich so halten. Er kann nicht mehr antworten, aber das Ganze wird ja dann auch gedruckt, und die Auseinandersetzung mit den Thesen muß hier an dieser Stelle erfolgen.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Pfarrer Stauss hat einen Satz gesagt, der mir sehr wichtig gewesen ist: Die Täter erinnern sich nicht, aber die Opfer umso mehr. Das ist eine Formulierung, mit der man vieles von dem beschreiben kann, was wir heute erleben und was wir in Zukunft wahrscheinlich noch stärker erleben und als Problem empfinden werden. Wo meine Probleme beginnen, das ist der Ort, wo es dann theologisch wird. Pfarrer Stauss hat unter Berufung auf Mandela und die südafrikanische Versöhnungskommission als Frage nach einer Verständigung über die Ziele des Aufarbeitungsprozesses von der Heilung ge-

sellschaftlicher Prinzipien geredet. Als Theologe habe ich zunehmend meine Probleme, wenn theologische Begrifflichkeiten oder Begrifflichkeiten, die theologisch aufgefüllt werden, allzu rasch in den Bereich von Politik hineingezogen werden. Ich glaube, da wird es ganz schwierig. Nun ist es natürlich besonders schade, daß Curt Stauss nicht mehr hier ist, denn Theologen haben es so an sich, daß sie sich die Autoritäten gegenseitig vorführen, auf die man sich berufen kann. Dietrich Bonhoeffer hat kurz vor dem Ende einer deutschen Diktatur darüber nachgedacht: Wie wird das eigentlich sein, wenn das alles mal zu Ende ist? 1944 in Tegel im Gefängnis hat er darüber nachgedacht. Wie kann das dann weitergehen? Und er hat eben nicht von Heilung gesprochen, auch wenn er ein Bild benutzt hat, sondern er hat das Bestwünschbare, was dann herauskommen könne, „Vernarbung“ genannt. Das ist nicht ganz so wohlwollend gedacht, sondern ist im Grunde genommen sehr realistisch gesehen: Liebe Leute, vieles wird letztlich als Wunde erkennbar bleiben, auch wenn man zunehmend mit dieser Wunde und dieser Verwundung leben kann, aber sie wird sichtbar bleiben. Ich glaube, in diesem Bild findet sich genauso wie in dem Bild von der Heilung, das hier herangezogen worden ist, ob es nun Heilung ist oder Vernarbung, daß alles nur funktionieren kann, wenn entweder eine vernünftige Wundpflege oder eine vernünftige Therapie stattgefunden hat. Gerade diese Phase der Therapie ist eben die Aufarbeitung von Geschichte, ist die Aufarbeitung von Diktatur. Ich glaube, wir sollten mit solchen Begriffen wie Heilung vorsichtig sein, solange wir noch nicht mit einiger Begründung sagen können: Wir haben die Wundpflege, haben die Therapie in hinreichendem Maße tatsächlich durchgeführt. Sonst passiert das, was eben bei einer zu schnell abgebrochenen Therapie oder bei einer schlecht versorgten Wunde zu passieren pflegt, daß die Dinge dann alle noch einmal aufbrechen und alle noch einmal therapiert und gepflegt werden müssen. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Prof. Maser. Markus Meckel hatte mich gebeten, die Moderation zu leiten. Wir haben die Kritik von Curt Stauss aufgegriffen, der zu viele Theologen in dieser Runde monierte, vier Theologen und ein Historiker, nun ist zumindest ein Theologe durch einen Mediziner ausgetauscht worden, deshalb ist auch Ihr therapeutischer Ansatz auf offene Ohren getroffen. Ich rufe als nächsten Prof. Jacobsen auf.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Passauer, ich würde gerne noch einmal mit Ihnen gemeinsam und den anderen nachdenken wollen über Ihre verschiedenen Formulierungen zum Problem der Gerechtigkeit. Ich habe gelegentlich bei der Aufarbeitung den Eindruck, daß wir uns manchmal die Sache doch etwas leicht machen. Wir sind klüger, wir kommen vom Rathaus, und wir vergessen häufig das Verhalten und die Verhaltensmöglichkeiten von Menschen in Diktaturen, wo wir nicht immer mit absoluter Sicherheit sagen können, wie nun das Verhalten wirklich zu beurteilen ist. Was ist Gerechtigkeit den Menschen gegenüber in totalitären Systemen? Das betrifft das Dritte Reich in hohem Maße, aber auch die SED-Diktatur. Wie können wir vor dem Hintergrund der Biographien diesen Menschen Gerechtigkeit gegenüber walten lassen, wissend, daß viele bona fide gehandelt haben, auch in der

DDR-Diktatur, im Glauben an eine bessere, menschlichere, gerechtere Ordnung, und die von Jahr zu Jahr mehr enttäuscht worden sind. Also auch hier wäre der Zeitfaktor zu sehen, wann können wir mit unserer Kritik beginnen? Menschen, die den Irrtümern erlegen sind, die versagt haben, die Schwächen gezeigt haben, die verführt, manipuliert und mitschuldig geworden sind. Ob wir da vielleicht noch einmal versuchen, doch mehr zu differenzieren und es nicht zu einfach machen, indem wir sagen: auf der einen Seite haben wir die Täter und auf der anderen Seite die Opfer. Die Wirklichkeit sieht viel komplizierter aus.

Abschließend eine Bemerkung – Herr Stauss ist nicht mehr da, aber er hat mit Recht danach gefragt, was eigentlich Sinn und Zweck der Aufarbeitung ist. Ich glaube, im Grunde nichts anderes als das, was wir ja auch nach 1945 versucht haben. Allerdings nicht, wie Herr Stauss meint, erst aufgeklärt durch die Arbeiten unserer amerikanischen Kollegen, das ist Legende. Hier gibt es in der historischen Forschung im In- und Ausland schon viele klare Aussagen, die also nun die Realitäten offengelegt haben. Das Ziel ist und bleibt erinnernd zu verstehen, Herr Passauer, ich glaube, da werden Sie mir zustimmen können, als Stachel heilsamer Unruhe. Eine Stachel heilsamer Unruhe insbesondere für jene, die nicht in solchen Systemen haben leben müssen. Und es geht entscheidend darum, der jungen Generation lebenswürdige Perspektiven zu zeigen und sie zu befähigen, sich mit demokratischen Normen und Werten zu identifizieren, wissend, daß es für uns gar keine Alternative gibt, wenn wir an die Rechte, an die Menschenrechte, an die Würde des Menschen denken. Allerdings – und Herr Eckert hat das anklingen lassen – ist die große Schwierigkeit die, Freiheit, Menschenwürde, Gerechtigkeit zu verwirklichen in einer Situation, in der die soziale Lage kritisch ist, Berufsaussichten zurückgehen. Hier werden wir mit dem Dilemma im Augenblick nicht fertig, aber vielleicht sollten wir auch darüber noch einmal stärker nachdenken. Danke schön.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Prof. Jacobsen. Mir liegen im Augenblick noch vier Fragen vor. Anschließend, denke ich, sollten wir dem Podium noch einmal die Gelegenheit geben Stellung zu nehmen. Als nächstes hatte sich Prof. Wilke gemeldet.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich kann an die Ausführungen meines Vorredners anknüpfen. Die Problematik Opfer-Täter ist ja nur die eine Seite und Rainer Eckert hat sehr prononciert gesagt, die Abwendung des Westens sei ein Problem in diesem Aufklärungsprozeß. Ich habe den Prozeß immer so verstanden, daß diese Form der Auseinandersetzung mit dieser zweiten Diktatur eingebettet sein muß in die deutsche Teilungsgeschichte, was der Bericht der Enquete-Kommission der 12. Wahlperiode klar und unmißverständlich deutlich gemacht hat. Michael Passauers Feststellung, daß die 17 Millionen in der alten SBZ/DDR unverschuldet die Folgen des Nazi-Reiches doppelt tragen mußten, verweist auf die eigentliche Dimension der Wiederaneignung und des Vereinigungsprozesses unserer gemeinsamen Geschichte. Bei den Zeitgeschichtlern, auf die sich Rainer Eckert bezieht, ist es ja so, daß ein Teil von ihnen, die jetzt

die 50 überschritten haben und die die Lehrstühle besetzen, dazu beigetragen hat, ein Teilungsbewußtsein im Westen zu entwickeln, in dem die Teilung eine lange Perspektive besaß, und der es für unzulässig hielt, über das Ende der DDR nachzudenken. Das heißt, dieses Wiederfinden der gemeinsamen Geschichte, die Ausrichtung des deutschen Staates in der Mitte Europas auf den Vereinigungsprozeß von ganz Europa sind Aufgaben, die mit dieser Wiederaneignung unserer Teilungsgeschichte zusammenhängen. Und ich will nachdrücklich unterstreichen, was Herr Jacobsen eben ausgeführt hat, daß eben die Frage der Täter und der Opfer nicht einfach schwarz-weiß zu sehen ist, sondern hier uns nochmal bewußt sein muß: in der Geschichte und in der allgemeinen Politik handeln Staaten. Und diese beiden deutschen Teilstaaten waren von Anfang an als Kernstaaten gegensätzlicher Ordnungen konzipiert und haben so gewirkt. Diese Problematik der Umkehr hängt nach meiner Überzeugung sehr stark damit zusammen, wie sehr es uns gelingt, diesen Aufarbeitungsprozeß zu internationalisieren. Weil Sie aus Mecklenburg-Vorpommern kommen, möchte ich Sie fragen: Wie viele Arbeiten gibt es mittlerweile regionalgeschichtlich, die sich mit der Tatsache auseinandersetzen, daß Mecklenburg-Vorpommern 40 Jahre West- und Seegrenze war? 1990 gab es in Berlin eine Ausstellung, die den Erfindungsreichtum der Menschen zeigte, die die DDR verlassen wollten, und die „Grenzbefestigung“, die seitens der bewaffneten Organe vorgenommen wurde. Ich frage weiter: Gibt es Berichte darüber, was in diesen 18 Monaten der Spannung um Polen 1980/81 geschehen ist? Gibt es schon erste Arbeiten darüber, daß es innerhalb der mobilisierten Panzerdivision der NVA über ihr Einsatzziel Auseinandersetzungen gab? Wir wissen, daß es bei der tschechischen Invasion immerhin einen Politoffizier gab, der meines Wissens noch nicht öffentlich geehrt ist, der gefragt hat, ob das sein muß 30 Jahre nach München, daß deutsche Truppen wieder tschechischen Boden betreten. All dies war staatliches Handeln der DDR und wurde von Menschen ausgeführt, wir müssen es in unsere Betrachtung miteinbeziehen. Abschließend will ich noch eine Frage stellen, die ich im Zusammenhang mit dem Teilungsverständnis der westlichen Zeitgeschichtler schon angesprochen habe: Welche Spuren hat die 40jährige Teilungspropaganda sowohl im Westen wie im Osten hinterlassen?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, jetzt laufen die verschiedenen Meldungen doch noch ganz schön üppig ein. Wir sind bei sechs. Als nächstes Dr. Moreau bitte.

Sv. Dr. Patrick Moreau: Wo meine Probleme beginnen: Ich halte einige Thesen von Pfarrer Curt Stauss für nicht begründet, insbesondere die Frage der Verfassungsschutzarbeit. Im Klartext: er hat wahrscheinlich nie einen Verfassungsschutzbericht gelesen. Ich nehme als Beispiel den Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin aus dem Jahr 1994, der drei Teile hat. Einen Teil über rechtsextremistische Gruppierungen, d. h. neonazistische Strukturen und rechtsradikale Parteien; Teil 2 über linksextreme Gruppen und natürlich die PDS durch zwei kleine Flügel, die kommunistische Plattform und die AG Junge GenossInnen, die jeweils als Mittel der Politik akzeptiert werden; Teil 3:

ausländische Gruppen und fundamentalistische Gruppen. Das hat mit der Tätigkeit und den Berichten des MfS nichts zu tun und auch die Arbeit der Verfassungsschutzbehörde in Deutschland hat mit dem Arbeitsstil des MfS überhaupt nichts zu tun. 95 % der Informationen des Verfassungsschutzes sind aus offenen Quellen gewonnen, also durch Lesen von Papieren und Zeitungen, die man in Deutschland überall findet. Die Interpretation von Pfarrer Stauss scheint mir ein klarer Angriff gegen die freiheitliche Grundordnung der Bundesrepublik zu sein. Das ist mein Standpunkt.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Darüber wird sicher zu diskutieren sein. Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich möchte gleich dort anschließen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Ich halte die Gleichsetzung von MfS und Verfassungsschutz ebenfalls für abwegig. Sie ist ein Produkt puren Formalismus, weil sie nicht erkennt, daß das MfS die Freiheit und die Würde des einzelnen unterdrückt hat, während es Aufgabe des Bundesverfassungsschutzes ist, Gefahrenabwehr für die Freiheit zu betreiben. Die Dienste der Bundesrepublik Deutschland dienen der Demokratie, dem öffentlichen Diskurs und sie ermöglichen erst die Aufarbeitung, mit der wir uns heute hier beschäftigen. Wenn man den Unterschied zwischen MfS und Verfassungsschutz verwischt, gibt man die Wertordnung unserer Verfassung preis und öffnet ideologischer Beliebigkeit Tür und Tor. Ich glaube, daß man der Demokratie wie dem Rechtsstaat mit solchen Äußerungen einen Bärendienst erweist.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Huber. Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte ein anderes Thema angehen, das auch angesprochen wurde. Erst einmal eine Bemerkung zum Thema Täter/Opfer, wo es durchscheint, als wenn bei dem bisherigen Aufarbeitungsprozeß zu sehr schwarz und weiß gemalt wurde. Ich will von den Aufarbeitungsinitiativen reden. Wer eine ganze Anzahl von IM-Akten durchgeschaut hat, der bekommt schon sehr schnell ein Gefühl dafür, daß das mit so einer einfachen Unterscheidung häufig gar nicht geht. Im Bereich derer, die sich intensiv mit solchen Unterlagen befassen, wird man so eine Schwarz-Weiß-Malerei kaum finden. Das trifft genauso auf den Bereich der Überprüfung im öffentlichen Dienst zu. Die Personalkommissionen, die eine ganze Anzahl von Akten gesehen haben, wissen sehr wohl zu unterscheiden, und die Unterstellung, hier würde pauschal und undifferenziert umgegangen, stimmt einfach nicht. Wenn man die Zahl der Kündigungen und die positiven Erfassungen als IM miteinander vergleicht, wird man merken, daß sich hier in den letzten Jahren ein recht differenzierter Prozeß der Beurteilung herausgebildet hat.

Ich möchte auch noch einmal auf Herrn Eckert eingehen. Er beschrieb, daß mittlerweile die Zeitgeschichtsforschung letztlich von den Historikerschulen der alten Bundesrepublik besetzt ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie, daß diejenigen Leute, die intensive Erfahrungen in der DDR hatten und durchaus

eine entsprechende Qualifikation besitzen, stärker ihre Erfahrungen und ihr Wissen in diese Forschung an entsprechend hervorgehobenen Stellen einbringen können?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Herr Häfner bitte.

Abg. Gerald Häfner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte das zwar nicht, aber ich muß eine ganz kurze Bemerkung zu dieser Verfassungsschutzkontroverse machen. Ich will das aber nicht neu anheizen. Ich will nur sagen, nicht jede Meinungsverschiedenheit, Herr Moreau, ist gleich ein Angriff auf die freiheitliche demokratische Grundordnung.

(Beifall)

Wenn es so wäre, dann müßten wir Herrn Stauss vom Verfassungsschutz beobachten lassen. Ich hoffe, das war nicht so gemeint.

Das Zweite ist: Ich weiß, daß das etwas völlig anderes ist und möchte es nicht vermischen, trotzdem möchte ich Herrn Prof. Huber widersprechen, wenn er sagt, die Tätigkeit der Dienste diene der Demokratie und der öffentlichen Diskussion. Nicht immer ist es so. Und ich sage Ihnen ganz offen, auch wenn ich nochmal die Vorbemerkung machen möchte, daß dies absolut unvergleichbar ist, aber ich sage Ihnen trotzdem offen, daß z. B. für mich in der Gründungsphase der Grünen-Partei in Deutschland das Wissen, daß wir vom Verfassungsschutz beobachtet wurden, etwas außerordentlich Belastendes war. Weil es dazu geführt hat, daß immer in den Sitzungen, zu denen wir uns trafen, der Verdacht herumging: 'wer ist es denn'? Es wurden mehrfach Leute zu Unrecht verdächtigt. Man wußte natürlich nicht, wer es war, aber allein so eine Atmosphäre – auch in manchen Bürgerinitiativen, ich könnte Ihnen da einiges erzählen – finde ich belastend. Allerdings ist das auch nicht mehr so, wie es in den 70er Jahren einmal gewesen ist, aber ich glaube, zu dem, was wir in diesem Land erkämpft haben und verteidigen sollten, gehört, daß man auch über den Verfassungsschutz bis hin zur Forderung nach dessen Abschaffung kontrovers und sehr kritisch miteinander reden kann, das wäre mir jedenfalls wichtig.

Dann wollte ich aber aus der Diskussion eine Formulierung von Herrn Passauer aufgreifen, die mir sehr wichtig scheint, weil eine Menge von Fragen darin liegt. Und zwar haben Sie die Frage gestellt, Herr Passauer, ob es den unverschuldeten Opferstatus gibt. Ich habe gemerkt, daß da einfach schon in der seelischen Tingierung, mit der ich mich dieser Frage nähere, ein großer Unterschied zwischen Nationalsozialismus und zwischen DDR-Diktatur besteht. Gleichwohl, glaube ich, ist es eine berechtigte Frage, und ich möchte jetzt an Sie, die Herren Referenten, umgekehrt die Frage richten, ob nicht vielleicht mit dem in dieser Frage berührten Problem ein gut Teil der Schwierigkeiten mit dem Aufarbeitungsprozeß zusammenhängen könnte. Ich will es noch ein bißchen deutlicher sagen. Diejenigen, die sich in Initiativen, in Verbänden usw. öffentlich als Opfer erklären und verhalten, und auch die Bürgerrechtler werden ja im Grunde sehr wenig geliebt und angenommen von der übrigen

Gesellschaft, werden nicht als ihre typischen Vertreter betrachtet, was vielleicht auch damit zusammenhängt, daß sie so offenkundig Opfer sind, daß sozusagen dieses Element der Verantwortung, der Mitverantwortung für das Terrorregime demgegenüber sehr stark in den Hintergrund tritt. Im Grunde ist ja im Hinblick auf jeden die Frage erlaubt – es ist nur schwierig, wenn ich sie formuliere: Wo war ich Opfer, wo war ich involviert, wo war ich Mittäter? Obwohl ich selbst immer wieder sage, wir sollten diese Grenze nicht verwischen und schon gar nicht zulassen, daß heute immer mehr die Täter sich in Talkshows als Opfer gerieren, frage ich mich trotzdem, ob diese klare Entscheidung Täter/Opfer immer funktioniert, und ob nicht das harte Urteilen über die Täter eine innere Klarheit darüber einschließen muß, daß auch sie in gewisser Weise Opfer sind. Ich weiß, daß das provozierend klingt, aber diese Frage wollte ich noch einmal aufwerfen und eine zweite Frage anschließen.

Die zweite Frage richtet sich auf den inneren Prozeß der Aufarbeitung, der meines Erachtens in dem, was wir diskutieren, wenn wir über die justitielle Aufarbeitung sprechen, nur ganz wenig anklingen kann. Ein Teil dieses Problems, nämlich der Satz 'Wir haben Gerechtigkeit gewollt und den Rechtsstaat bekommen', hängt ja auch damit zusammen, daß Gesetze eben Verfahren regeln, aber nicht jeweils dem einzelnen Menschen gerecht werden können. Mich interessiert einfach: Was ist Ihr Eindruck bei Ihrer konkreten Arbeit, in Ihrem Erleben, wie die Menschen damit umgehen? Was ist Ihr Eindruck, welche Hilfen nötig wären oder gegeben werden könnten, um zum einen die Aufarbeitung seelischer Traumata durch erlittene Verfolgung und zum anderen die Aufarbeitung von Traumata durch Schulerleben und Gewissen, also durch ein sich meldendes Gewissen, was man zunächst einmal unterdrücken und gar nicht zulassen will, zu verbessern? Was kann an Hilfestellung gegeben werden, damit das gelingen kann?

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Häfner. Ihre Aussage hat Herrn Prof. Wilke zu einer spontanen Wortmeldung zu dieser Thematik veranlaßt. Bitte Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Zwischen Herrn Häfner und mir dürfte unstrittig sein, daß zu den Gründungsinitiativen der Grünen eine ganze Reihe von ehemaligen Maoisten und K-Grüpplern gehören. Und zum zweiten, da wir uns hier in der Normannenstraße befinden, möchte ich daran erinnern, daß in der Deutschland-Arbeitsgruppe der AL in West-Berlin mindestens zwei enttarnte MfS-Agenten mitgearbeitet haben. Ich glaube, das sind beides Gründe genug, warum der Verfassungsschutz in der Frühphase der Formierung der Grünen sich für sie interessiert hat.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Gut, auch noch zu dieser Problematik als Zwischenruf Herr Prof. Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ich glaube ganz wichtig, lieber Herr Passauer, ist ja der eben auch angeschnittene Gesichtspunkt: unverschuldeter Opferstatus. Und ich bekenne, ich habe mich mit diesen Fragen insbe-

sondere im Zusammenhang mit dem Dritten Reich sehr eingehend befaßt. Ein überragendes Beispiel ist für mich – stellvertretend für viele – ein sehr prominentes Opfer vom 20. Juli 1944, Graf Stauffenberg. Aber auch er zählte zu jenen Menschen, die mitgerissen von der Bewegung 1933 zunächst dieses System mitgestützt, mitpropagiert haben – bona fide. Ich glaube, man könnte auch ohne Übertreibung sagen, in der Anfangsphase der DDR gab es viele, die überzeugt waren, daß dieses, was man nun in der SBZ und später in der DDR versucht hat, doch eine richtige zutreffende Antwort auf das verfehlte Experiment des Nationalsozialismus war, bis sie dann von Jahr zu Jahr mehr erkennen mußten, um was für eine Diktatur es sich handelte; aber am Anfang haben sie eben auch dieses System stabilisiert, sich damit identifiziert, bis dann schrittweise ein Bruch kam, der zu oppositionellem Verhalten geführt hat. Ich habe da also meine großen Zweifel, aber vielleicht können Sie dazu etwas sagen, lieber Bruder Passauer.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Das wird nach Abschluß der Wortmeldung geschehen können. Als nächster jetzt in der regulären Reihenfolge Herr Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Eine kurze Anmerkung zu Pfarrer Stauss. Wir beklagen ja allenthalben, daß die Verbrechen der SED-Diktatur und die Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes der DDR zunehmend verharmlost werden. Aber was Pfarrer Stauss hier in seiner breiten, von Wärme und pastoraler Vielfalt geprägten Argumentation dargelegt hat, hat eigentlich wieder ein Stück dazu beigetragen, daß das doch gar nicht so schlimm gewesen sein kann. Schauen Sie sich doch jetzt die freiheitliche Demokratie an, die arbeitet mit denselben Instrumenten. Herr Kollege Häfner hat dann gleich Stellung dazu bezogen und sagt: „Wir damals wurden ja auch beobachtet.“ Ich glaube, wir vergleichen hier die freiheitliche Demokratie mit einer knallharten Diktatur. Wir hatten in der DDR kein freies Versammlungsrecht oder die Möglichkeit zur Gründung von freien Vereinen; es gab überhaupt nicht die Möglichkeit zu Aktivitäten in irgendeiner Weise, die oppositionell sein könnten. Deshalb kann ich mich von diesen Äußerungen und auch von dieser Diskussion nur distanzieren.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank Herr Kuhn. Immerhin hatten die Grünen auf diese Art die Chance, einen Hauch davon zu erfahren, was uns doch etwas häufiger widerfuhr. Herr Hilsberg jetzt.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Das ganze artet zur Generaldebatte aus. Ich weiß nicht, ob das so günstig ist. Selbstkritisch kann man sagen, daß das natürlich als eine Thematik des hiesigen Symposions auch angelegt war. Ob das zeitmäßig richtig geglückt war, weiß ich nicht. Immerhin, ich will nicht die These meines Vorredners stützen. Insbesondere was den Herrn Stauss angeht, zumal er Fragen stellt, die man stellen muß. Aber es macht sich durchaus so etwas wie Resignation und Lähmung breit, und ich möchte dem entschieden widersprechen. Ich halte es nach wie vor für eine ungeheuer wichtige Aufgabe, was an Vergangenheitsaufarbeitung geleistet wird. Aber nachdem

die wichtigsten Fragen in dem Zusammenhang, und zwar die zu operationalisierenden Fragen, in den letzten fünf Jahren mehr schlecht als recht beantwortet wurden – ich betone schlecht –, tritt jetzt der eigentliche Sinn der Aufarbeitung mehr an die Öffentlichkeit, mehr zum Vorschein, und der lautet: den Gedanken an die historische Verantwortung für das, was geschehen ist, zu vertiefen. Diesem Gedanken ist sich die Enquete-Kommission verpflichtet, und ich glaube, diesem Gedanken sind sich auch die unterschiedlichsten Aufarbeitungsinitiativen verpflichtet. Im Gegensatz zu dem, was die Erarbeitung des Rehabilitierungsgesetzes, des Stasi-Unterlagengesetzes beispielsweise bedeutet hat, ist dies ein Prozeß von unvergleichbar größerer Dauer und größerer Mühe. Und darüber muß man sich schon im klaren sein. Viele der Fragen, die in dem Zusammenhang gestellt werden, gehen über das, was wir uns in der Enquete-Kommission gestellt haben, weit hinaus. Mich hat das, was Herr Passauer hier gesagt hat, als Fragestellung sehr ermutigt und man fühlt sich verstanden. Natürlich frage ich mich auch die ganze Zeit: Wie wollen wir denn das machen, die befreienden Spielregeln der Demokratie erlebbar machen? Das ist ja mit Vergangenheitsaufarbeitung alleine nicht getan. Wie wollen wir das denn machen, wichtige Informationen über Vergangenheit der Öffentlichkeit bekannt zu machen? Wie wollen wir es machen, daß die Leute die Möglichkeiten, die in einer Demokratie bestehen, für sich akzeptieren können, nutzen können, daß sie die Räume ausfüllen und in dem Moment, wo sie das tun, auch ein Stück eigenen Lebenssinn mehr erfahren können? Gesellschaft plötzlich als etwas begreifen, was sie nicht ausgrenzt, aber eben auch nicht als eine Idylle begreifen. Ich glaube, hier braucht man durchaus auch Rat – über diese Fragen müssen wir uns unterhalten, aber sie gehen weit über das hinaus, was eine Enquete-Kommission leisten kann.

Ich möchte auch nochmal den Herrn Stauss in Schutz nehmen vor der Gleichsetzung von MfS und Bundesamt für Verfassungsschutz. Es ist natürlich ein Unterschied zwischen Bundesamt für Verfassungsschutz und dem alten MfS, aber ob es deshalb schon eine staatsbürgerliche oder sittliche Pflicht ist, im Verfassungsschutz mitzuarbeiten, weil der demokratisch legitimiert sei, das will ich erstmal bestreiten. Ich halte es schon für eine ganz wichtige Frage, wie so etwas eigentlich möglich ist, daß in der ehemaligen Gesellschaft der DDR, wo man inoffizielle Tätigkeit als so mies und so zerstörerisch erfahren hat, heute wieder – wenn das so stimmt, das muß ich allerdings auch erst mal überprüfen – Verpflichtungen im großen, im breitesten Ausmaß möglich sind. Ich denke, das muß man überprüfen, und wenn das der Fall ist, dann muß darüber auch einmal öffentlich nachgedacht werden, was da eigentlich los ist. Aber mir sind diese Informationen in dieser Art und Weise neu gewesen und nicht deshalb, weil ich den Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz nicht lese, sondern weil ich sie einfach bisher nicht kenne. Aber wenn das der Fall ist, dann ist die Frage nach den politischen Hintergründen und den Strukturen, die ja möglicherweise weiterwirken, schon erlaubt. Denn ich weiß ja, daß es eine Grundloyalität in diesem Lande gibt zu jedem Staat, welcher Natur er auch immer ist. Und wenn der demokratische Staat, ohne eine solche Loyalität zu

hinterfragen, sie sich einfach zunutze macht, dann ist das möglicherweise auch ein gefährlicher Prozeß.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Als letzter in dieser Runde hat sich jetzt der Kollege Vergin gemeldet.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Heute vormittag wurde von zwei Teilnehmern bereits darauf hingewiesen, was dann der Herr Pfarrer Stauss auch aufgenommen hatte, daß dieser gesamte Prozeß der Aufarbeitung im Augenblick überlagert wird durch die soziale Situation. Deswegen ist meine Frage an Sie, ob Sie das auch so bewerten und ob da ein Grundproblem in vielen Erscheinungen, die wir im Augenblick haben, zu sehen ist.

Das zweite, was mich für den Fortgang dieses Prozesses, der fortgesetzt werden muß – in welcher Form auch immer, – ob das nun als Stiftung oder in einer anderen Form passiert, ist zunächst weniger wichtig als die Tatsache, daß weitergearbeitet wird, da interessiert mich also als zweite Frage: Worin sehen Sie die Herausforderungen für diesen Aufarbeitungsprozeß in den kommenden Jahren unter diesen erschweren Bedingungen? Was muß trotzdem geleistet werden? Ich erinnere daran, daß die Vertreterin der Geschichtswerkstatt Jena darauf hingewiesen hat, daß die Feststellung, es sei nicht genug Geld da, das eine ist, aber daß man auf der anderen Seite auch Dinge durchaus weiter betreiben und fortsetzen kann, die unter solchen finanziellen Engpässen eben möglich sind.

Und das dritte, wonach ich Sie alle gerne fragen will, ist, welche Rolle in diesem Prozeß die staatlichen Institutionen spielen müssen. Wir haben hier heute die Initiativen im Mittelpunkt, aber aus Ihrer Gesamtsicht, die Sie vorgetragen haben, interessiert mich nun speziell – und sicher die Kommission, denn da müssen wir handeln und können wir handeln, wenn wir wollen – die Frage, welche Rolle in diesem Prozeß die staatlichen Institutionen spielen müssen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Vergin. Es waren jetzt verschiedene Fragen in der Diskussionsrunde an Vertreter des Podiums gestellt worden. Ganz besonders interessant vielleicht die Frage Demokratie lernen, Demokratie erleben. Wie geht das? Wie soll das praktiziert werden? Wir erleben ja gerade in Ostdeutschland den Zweifel so mancher Menschen, die den Wert der Demokratie noch nicht in voller Ausprägung für sich erkannt haben. Dieses zu erreichen – wie könnte das gehen? Herr Passauer war hierzu angesprochen worden. Bitte, Herr Passauer.

Martin Michael Passauer: Ich würde aber gerne, bevor ich auf diese Frage antworte, mich in die von Ihnen als Politikerinnen und Politiker geführte Debatte über das MfS und den Verfassungsschutz einmischen. Hören Sie doch einmal die Ausführungen von Herrn Pfarrer Stauss vor dem Hintergrund einer sehr intensiven innerkirchlichen Debatte, die wir über die Legitimität und Nichtlegitimität von Konspirationen führen. Die Frage ist, an welcher Stelle Pfarrerinnen und Pfarrer ihre seelsorgerische Schweigepflicht verletzt haben,

bewußt oder unbewußt, und wie wir uns zukünftig davor schützen können. Dadurch, daß uns gerade dieses Primat pastoralen Handelns erhalten bleibt, kommt es zu klaren, vielleicht ein bißchen pauschalen Enthaltensäußerungen gegenüber jedweder Institutionen, die Konspiration verlangt. Sehen Sie es mal nicht nur in der Parallelität zwischen dem einen und den anderen, sondern hören Sie es – so bitte ich Sie jedenfalls – auf dem Hintergrund der Fehler und der Schwächen, die wir auch als Kirche zweifellos auf uns geladen haben, und wie wir uns zukünftig besser schützen können vor jeder Form einzugehender Konspiration.

Das, was ich mit dem lieben Bruder Jacobsen gerne diskutieren möchte, ist die Frage der Gerechtigkeit und der Ungerechtigkeit. Nicht nur, weil Gerechtigkeit natürlich auch ein theologischer Begriff ist, der aber hier, weil er ein bißchen anders zu interpretieren wäre, nicht zur Disposition steht, sondern weil Gerechtigkeit immer aus der Sicht der ehemaligen DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger aus dem erlebten Ungerechtigkeitsempfinden resultiert. Von daher ist er natürlich zunächst ein sehr individueller Begriff. Und ihn aus der Individualität herauszuholen und zu einer Gesetzmäßigkeit zu machen, ist – denke ich – fast unmöglich. Denn da würde man immer scheitern und würde man immer an den Punkt kommen, wo man sagen kann, das, was du an individueller Ungerechtigkeit erlebt hast und an Gerechtigkeitserwartungen hast, läßt sich nicht in irgendwelche gesetzlichen Formen oder formale Kriterien gießen. Dennoch ist ja da, wo Ungerechtigkeit erlebt wird, die Gerechtigkeit immer nur das Ziel, das es zu erreichen gilt. Da gesellschaftliche Bezüge neuerer Art uns als DDR-Bürger verheißen haben, in eine größere Gerechtigkeit hineinzukommen, ist natürlich die Erwartungshaltung ungeheuer groß. Ich denke, wir müssen an diesem Punkt wirklich nochmal miteinander – Politikerinnen und Politiker, aber auch andere, die an diesen inhaltlichen Fragen interessiert sind – diskutieren, ob wir uns mit der Forderung nach gerechteren Verhältnissen, mit der Forderung nach gerechterem Zusammenleben nicht ein bißchen übernommen haben und ob wir den Begriff Gerechtigkeit vielleicht zukünftig erst mal eine Weile aus der Diskussion nehmen. Wir kommen natürlich als Kirche in der DDR sehr stark aus den Diskussionen über die ökumenische Versammlung, wo ja der Begriff der Gerechtigkeit – nun wieder in einem anderen Kontext – aber doch eine ganz große Rolle spielte – wir haben ihn ja sogar vorgezogen vor dem Begriff des Friedens. Wir haben den Begriff der Gerechtigkeit, des Friedens, der Bewahrung der Schöpfung, von daher haben wir dem Begriff der Gerechtigkeit ein großes Primat gegeben. Hier würde ich gerne mit Ihnen einstimmen, daß wir Gerechtigkeit nicht individualisieren, aber Gerechtigkeit vielleicht als Begriff zunächst streichen und stärker über Alternativen zur Ungerechtigkeit reden. Dies Erinnern als Stachel heilsamer Unruhe, so würde ich es auch gerne verstehen, aber auch als einen Stachel, der zu Aktivitäten führt. Erinnern kann nicht eine Freizeitbeschäftigung bleiben, sondern Erinnern, denke ich, ist wirklich die Voraussetzung für jeden Prozeß von Erneuerung. Da, wo Erinnern stattfindet, beginnt für mich die Erneuerung. Deshalb habe ich Sie ja so dringend darum gebeten, nicht abzulassen von dem Aufarbei-

tungsprozeß. Erinnern heißt nicht nur Zusammenhänge zu erinnern, sondern auch Geschichte und Geschichten zu erinnern, also das, was wir ja auch in der früheren Enquete-Kommission getan haben. Zu dem unverschuldeten Opferstatus, Herr Häfner, das ist für mich so etwas wie eine Statuskonfessionsfrage, weil es ja auch eine Frage ist, die uns aufgenötigt wurde. Solange wir als DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger frank und frei und fröhlich gelebt haben, war die Frage nach einem verschuldeten oder unverschuldeten Opferstatus nicht existent. Aber im Zuge der nachträglichen Rechtfertigung oder im Zuge auch der nachträglichen Auseinandersetzung über das, was wir richtig oder was wir falsch gemacht haben oder wo wir hätten cleverer oder wackerer oder widerständiger sein sollen, in der Auseinandersetzung mit dieser Frage, klingt immer auch so ein bißchen der Hauch des Vorwurfs oder des selbstverschuldeten Unrechts mit. Wir kommen aus dieser Diskussion nur heraus, wenn wir auch von Ihnen klare Vorgaben, also auch politische Vorgaben hören, die sagen, daß es so etwas gibt. Ich bin der Meinung, es gibt so etwas wie einen unverschuldeten Opferstatus. Den Gruppierungen, die sich heute hier geäußert haben, anzulasten, sie hätten auch nur die Spur von Schuld an ihrem eigenen Schicksal, das wäre dann wirklich fatal. Das heißt, ich wünschte mir hier eine klarere Äußerung.

Zu der Frage von Stephan Hilsberg, wo die Enquete-Kommission es leisten kann, befreiende Spielregeln der Demokratie erlebbar zu machen, meine ich, wir haben als Referenten zu dieser Diskussion hier einen kleinen Baedeker bekommen, in dem einige Fragen stehen. Und eine Frage hieß: Welche Rolle spielen in diesem Prozeß staatliche Institutionen? Darauf komme ich gleich noch. Ich denke, das kann man nicht allein der Enquete-Kommission oder der Politik überlassen, sondern hier hat für mich nicht nur die staatliche, sondern jede Institution – wenn sie demokratisch legitimiert ist – ihren unverwechselbaren Platz, diese demokratischen Spielregeln auch öffentlich vorzuführen. Dadurch, daß es uns offensichtlich an manchen Stellen – und jetzt sage ich mal uns als Kirche – nicht gelingt, dieses öffentlich so vorzuführen, daß es auch einladend ist, kommen Institutionen natürlich auch schnell an ihre Grenzen. Also, ich wünschte mir, daß gerade Institutionen hier ihren unverwechselbaren und nicht auswechselbaren Platz haben. Die Demontage von Institutionen ist für mich der Tod der Gesellschaft. Sie müssen auch inhaltlich eine neue Beschreibung bekommen. Ich denke, das muß unsere Aufgabe sein und bleiben.

Die letzte Antwort, die ich gebe, die gebe ich ein bißchen stotternd – das ist auch nochmal an Herrn Häfner –, was denn zu tun wäre, oder welche Hilfen wir zur Aufarbeitung der seelischen Traumata leisten können. Aus meiner seelsorgerlichen Praxis kann ich hier sagen, daß die ständige Wiederholung eine Hilfe ist. Wir dürfen nicht so tun, als hätten wir es irgendwann einmal bewältigt oder als hätten wir es irgendwann einmal besprochen und damit ist es gut, sondern es geht um das kontinuierliche Ansprechen, das kontinuierliche solidarisch sein und das kontinuierliche Akzeptieren dieser Verletzungen. Ich finde es fatal, wenn wir so tun, als ob einmal ausgesprochen immer gut ist,

denn das führt zu Nichtachtung von Persönlichkeit und Nichtakzeptanz von Verletzungen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Mir liegen noch die Wortmeldungen von Herrn Mothes und anschließend von Herrn Dr. Eckert vor. Herr Mothes hatte den interessanten Gedanken eingebracht, daß sowohl Opfer als auch Täterverbände existieren und arbeiten, aber offensichtlich keinen Weg zueinander finden. Ich denke, das ist ein interessanter Gedanke, über den man vertiefend nachdenken sollte auch im Sinne eines Versöhnungsversuches bzw. Aufarbeitungsversuches, wobei das auf der Täterseite für mich zunehmend als selbstgerechte Debatte erlebt wird. Aber umso wichtiger wäre vielleicht der Kontakt dieser Verbände miteinander. Herr Mothes bitte.

Jörn Mothes: Zu einigen der gestellten Fragen vielleicht kurze Anmerkungen. Zunächst ist es natürlich richtig, daß dieses Täter-Opfer-Bild bei jeder Diskussion zu kurz greift. Das wurde vorhin schon festgestellt. Ich möchte das noch einmal verstärken. Es gibt ja inzwischen Wahrnehmungsveränderungen, die so weit reichen, daß als Täter Eingruppierte ganz öffentlich in der Presse sagen, sie seien jetzt die Opfer beispielsweise in der der Rentendiskussion und die Täter seien die ehemaligen Opfer. Es hat da mehrfache Drehungen gegeben, die einfach das gesellschaftliche Klima, von dem ich vorhin sprechen wollte, in dem Vergangenheitsauseinandersetzung als Diskussionsprozeß, als ein schmerzhafter Prozeß, aber auch als ein freudiger Prozeß stattfinden sollte, verschlechtern. Das ist die eine Seite. Ein zweites Defizit liegt sicherlich in dem, was Herr Vergin angesprochen hat mit der Frage der sozialen Schere. Jedenfalls im Land Mecklenburg-Vorpommern spielt es natürlich eine große Rolle. Dort gibt es keine starken Aufarbeitungsinitiativen in den großen Städten, von dem UVA vielleicht abgesehen – ob der stark ist, ist eine andere Frage. In einem Flächenland stellt sich die Wahrheit ganz anders dar. Sie können beispielsweise am Wandel des Medieninteresses sehr deutlich politische Entwicklungen nachvollziehen, nämlich dahingehend, daß Zeitungen, die Impulse überregionaler Art bringen, immer weniger wahrgenommen werden und immer mehr kleine Regionalzeitungen, die sehr oft das Sprachrohr von Kritikern oder von Menschen sind, denen ihre Vergünstigungen verlorengegangen sind, die sozialen Themen aufgreifen und damit Menschen offenbar aus der Seele zu schreiben scheinen. Dies wirkt sich natürlich dann aus. Jetzt ist die Frage: Wie kann man auf dieses Defizit reagieren? Ich glaube, daß dies in dem gesamten Bereich der politischen Bildung viel zu wenig passiert. Es gibt dort eine Auseinandersetzung, wenn wir an die Landeszentralen für politische Bildung oder auch an die Bundeszentrale denken, die einfach nicht unten ankommt. Dies ist eine große Frage, eine große Herausforderung, wie man an der Stelle verändern kann. Ein vierter Bereich hat zu tun mit Ängsten, die vorhanden sind. Wenn ich nochmal die Gruppe der Lehrer aufgreife, so gibt es Lehrer, die sagen Ihnen im Gespräch heute, ich habe Angst, daß neben oder nach der Stasi-Überprüfung auch noch eine Überprüfung auf meine SED-Mitgliedschaft passiert und ich dafür entlassen werden könnte. Diese Ängste sorgen dafür, daß Lehrer vollkommen unzureichend bereit sind, sich mit DDR-Themen für den

Unterricht auseinanderzusetzen, sie vorzubereiten und hineinzubringen in den Schulunterricht. Da dafür offensichtlich kein gesellschaftliches Erfordernis da ist, außer zwei Stunden in der neunten Klasse und zwei Stunden in der zehnten Klasse DDR-Geschichte und möglicherweise in der elften Klasse noch ein Projekttag, gibt es für Jugendliche im Bereich der schulischen Sozialisation kaum Berührungspunkte mit der DDR-Vergangenheit. Und wenn Sie jetzt noch das Elternvorbild an dieser Stelle sehen, wo jedenfalls in Mecklenburg-Vorpommern sehr kurze Antworten auf sehr grundsätzliche politische Fragen gegeben werden, früher war alles besser, es war alles leichter, und Kinder dies in ihrer Familie auch erleben, dann stoßen wir vor auf die Wurzeln, warum dieser Auseinandersetzungsprozeß mit der Vergangenheit in der Breite derzeit nicht passiert. Hier sind Defizite da, die überleiten zu Ihrer Frage, was der Staat tun kann. Ich möchte zwei Aspekte nochmal nennen. Den einen hatte ich erwähnt, die Landeszentralen, und vor allem zweitens die Ausarbeitung von pädagogischen Überlegungen zum Einbringen von DDR-Geschichte in den Unterricht und der Auseinandersetzung mit dem Ernst Thälmann, den man in der Ernst-Thälmann-Schule unter die Kellertreppe geschoben hat, und dort steht er seit fünf Jahren und staubt ein. Genau dies ist die Situationsbeschreibung und dies gilt es zu überwinden und die Lehrer zu befähigen, auch ihre Ängste auszusprechen. Ich mache das in Bildungsveranstaltungen dann oft damit, daß ich einfach erzähle von einem Lehrer, der von seinen Schülern zur Rolle, die er in der DDR gehabt hat, befragt wurde, und der hat ganz klipp und klar gesagt, jawohl, ich war stellvertretender Parteisekretär und hatte da die und die Aufgaben. Damit war das Tabu gebrochen, das Gespräch war hergestellt, und so ähnlich ist das mit den Täter-Opfer-Verbänden eben auch. Es war eine Orientierungsmöglichkeit da für die Jugendlichen und es war nicht mehr das Tabu vor ihnen, das Tabu der DDR-Vergangenheit der älteren Generation. Der Staat kann weiterhin beispielsweise die Einrichtung von Dokumentationszentren, was in Mecklenburg eine Odyssee ist, fördern. Es kann auch eine umfangreichere Rehabilitierung erfolgen, und die Situation der Archive spielt hier natürlich genauso eine Rolle, das hatte ich schon vorhin erwähnt. Ich denke, daß es hier wirklich einen breiten gesellschaftlichen Impuls braucht, der bis in die Jugendämter und in die Schulämter, wo schon wieder ausschließlich der Alltag verwaltet wird und wo es diese Fragestellung nicht mehr gibt, vordringt. Ich glaube, wenn wir mit der Aufarbeitungsfrage mehr in die Breite kommen, kommen wir der Wahrheit auch sehr viel näher.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Es zeigt sich immer wieder, daß gerade der Lehrerstand offensichtlich ganz besondere Probleme hat, was wiederum ein gesellschaftliches Problem zu sein scheint, denn wie wollen Lehrer, die noch immer zum Teil mit einem mangelnden gelebten Demokratieverständnis ausgestattet sind, sicher aus langen Jahren der Anpassung, Demokratie vermitteln. Ich habe ein Ereignis in Erinnerung, das ich kurz schildern will: Ein Lehrer beschwerte sich bei mir über den Schulgesetzentwurf in Mecklenburg-Vorpommern und sagte nach einem längeren Gespräch, das sehr angenehm verlief, daß er nun erleichtert sei, er hätte lange gezögert zu mir zu

kommen, und seine Kollegen hätten ihn gewarnt, Kritik am Schulgesetzentwurf zu äußern, denn man wisse ja nie, ob man nicht gleich hinterher entlassen werde. Solange solche Vorstellungen von unserer demokratischen Gesellschaftsordnung in den Köpfen geistern, habe ich arge Zweifel, wie wir Demokratie von Leuten sicher wohlmeinend, aber mit solchen inneren Werten und Vorstellungen von Demokratie, unseren jungen Leuten vermitteln wollen. Aber dies nur als kleinen Zwischeneinwurf.

Jörn Mothes: Ich will nur eine ganz kurze Ergänzung machen, die noch einmal das von Prof. Maser Gesagte unterstreicht. Die Enquete-Kommission in unserem Bundesland, von der sehr viel zu sagen wäre, eigentlich auch als ein Beispiel, wie es eben nicht funktioniert, hat ja genau diesen theologischen Begriff der Versöhnung sich auf die Fahne geschrieben. „Aufarbeitung und Versöhnung“ heißt es im Untertitel. Und natürlich erzeugt dies auch Defiziterfahrungen, wenn man wahrnimmt, daß so ein großes Wort, was auch gar kein Wort im allgemeinen Sprachgebrauch ist, dann auch noch nicht zur Erfüllung kommt. Es ist also eine verlorene Vision, die hier passiert ist, die letztlich Aufarbeitung behindert unabhängig davon, ob die Kommission in ihrer Geschäftsordnung sich wieder einigen kann oder nicht. Es ist eine große Gefahr, mit solchen Begriffen zu sorglos umzugehen in politischen Auseinandersetzungen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Als letzter hier vom Podium hatte sich Dr. Eckert gemeldet. Er hat ja in seinem Statement eine interessante Differenzierung zwischen alten Seilschaften und neuen Interessengemeinschaften gemacht. Ich selbst habe ein gewisses Verständnisproblem, wo da die wirklichen Unterschiede sind, aber vielleicht kann er uns das erhellen.

Dr. Rainer Eckert: Ich will noch einmal auf Professor Wilke eingehen. Er meinte, man könnte DDR-Geschichte als Teil der deutschen Teilungsgeschichte begreifen und beschreiben, erforschen. Ich denke das auch. Wenn man so methodisch herangeht, dann gebietet es sich umso dringlicher, daß sich dieses gemeinsam zwischen Ost- und Westdeutschen vollzieht. Zwischen Ost- und Westdeutschen in universitärer etablierter Forschung, aber auch von ost- und westdeutschen Basishistorikern, Aufarbeitungsgruppen und Initiativen. Das ist ein grundlegendes Problem. Diese verschiedenen Gruppierungen bewegen sich bis jetzt zu wenig aufeinander zu. Sie nehmen sich in der Regel kaum gegenseitig wahr. Ich denke, daß die Bringepflicht hier vor allen Dingen bei der universitären Forschung liegt, beim stärkeren Zugehen auf die Initiativen und Aufarbeitungsgruppen. Im engen Zusammenhang damit steht die Frage von Herrn Martin Gutzeit. Die Frage, wie es mit denen steht, die in den letzten Jahren aus Ostdeutschland kommend in der universitären Forschung beschäftigt sind und sich dieser Aufarbeitung gewidmet haben und die jetzt mit Auslaufen des Wissenschaftler-Integrationsprogramms vor dem beruflichen Ende stehen. Ich denke, für diese Gruppierungen von Philosophen, Sozialwissenschaftlern und Historikern sollte eine reale Chance – und zwar gesamtdeutsch – geschaffen werden, ihnen weiter ihre Forschungsarbeiten an Universitäten zu ermöglichen und damit ein Stück ostdeutsche Wissenschaft

und ostdeutsche Artikulation nicht untergehen zu lassen. Dafür ist ein Bewußtsein zu schaffen sowohl bei Bundestagsabgeordneten wie auch darüber hinaus. Die Schwierigkeit wird sein, daß die Hochschulen sagen, wir sind autonom und stehen unter immensen Sparzwängen, wir können hier keine Leute mehr beschäftigen. Vielleicht könnte es eine Chance sein, im Hochschulerneuerungsprogramm III diese Personengruppe zu berücksichtigen.

Zu dem, was Herr Vergin fragte, wie es nun wäre mit der Aufarbeitungslage, der Aufarbeitungssituation und der sozialen Situation. Je angespannter die soziale Situation wird, mit umso größeren Schwierigkeiten hat die Aufarbeitung zu kämpfen. Die Menschen haben ganz andere alltägliche Sorgen, als sich um die DDR-Vergangenheit zu kümmern. Ich denke aber, daß das ein umso größerer Ansporn sein müßte, diese Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu verstärken, sich sozusagen antizyklisch zu verhalten. Dieses antizyklische Verhalten setzt aber voraus, daß die dafür prädestinierten Träger solch einer Arbeit, Stiftungen, Medien, Fernsehen, Rundfunk, sich des Problems überhaupt annehmen. Das scheint mir die eigentliche Schwierigkeit zu sein: Wie ist zu erreichen, daß z. B. in einer politischen Stiftung entsprechende Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden? Hier gibt es erhebliche Defizite. Es gibt Landesstiftungen, es gibt auch politische Landesstiftungen, bei denen solche Themen so gut wie keine Rolle mehr spielen. Berlin ist dafür ein schlechtes Beispiel, finde ich. Hier wäre zu überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, über die Enquete-Kommission und über Bundestagsabgeordnete auch mit den Verantwortlichen in solchen Stiftungen, in Medien und in den Schulverwaltungen zu sprechen bzw. dies zumindest anzuregen.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank, Herr Dr. Eckert. Zum WIP (Wissenschaftler-Integrations-Programm) kann ich vielleicht soviel sagen, daß es unsere Sitzung bereits mehrfach beschäftigt hat und offensichtlich in den Regelungen, die kürzlich zwischen Ländern und Bund getroffen wurden, mögliche Spielräume entstanden sind. Aber das sollte uns hier vielleicht nicht vorrangig beschäftigen. Wir müssen jetzt laut Geschäftsordnung formell die Sitzung hier unterbrechen, um uns dem Publikum im Saal zu öffnen, was hiermit geschehen ist.

[Von 16.00 bis 16.28 Uhr wird die Sitzung unterbrochen. Die Diskussionsbeiträge aus dem Publikum sind im Anhang abgedruckt.]

16.28 Uhr – Die Sitzung wird fortgesetzt.

Gesprächsleiter Abg. Tilo Braune: Vielen Dank. Dies war jetzt die letzte Wortmeldung, die aus dem Saal vorlag. Ich denke keiner wird böse sein, wenn wir dann zügig die Sitzung wieder eröffnen und zur Fortsetzung der Tagesordnung mit dem Schlußwort des Vorsitzenden kommen. Ich glaube, auch in dieser offenen Runde war sehr wichtig, daß wir weiter gemeinsam über Wege der Aufarbeitung nachdenken als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe bei sicher sehr unterschiedlichen Herangehensweisen. Herr Stauss hatte heute Mittag das

Beispiel der „Truth and Reconciliation Commission“ in Südafrika gebracht, sicher eine Variante. Ob sie übertragbar ist, wage ich zu bezweifeln, aber es ist ein sehr interessanter Prozeß, der sicher einer Beobachtung bedarf. Vielleicht können wir auch in Deutschland davon lernen. Wichtig für unsere Kommission war ja nicht nur, die Vergangenheit zu betrachten, sondern auch den Transformationsprozeß, das Hinüberwachsen in demokratische Strukturen zu betrachten. Denn ich glaube, über eines sind wir uns sicher einig: Dieser Prozeß der Aufarbeitung ist notwendig, er führt zu mehr Gerechtigkeit und damit zu einem inneren Frieden, den wir ganz dringend in Deutschland brauchen. Soweit mein Schlußwort und ich eröffne jetzt formell die Tagesordnung wieder und gebe dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Eppelmann, das Wort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke, lieber Kollege. Ich habe im Grunde nur noch zwei Dinge zu tun. Einmal den Gastgebern Dankeschön zu sagen, die dazu beigetragen haben, daß wir nicht verdurstet und verhungert sind, daß wir hier in einem angenehm klimatisierten Raum gegessen haben – Herr Mielke wußte schon, was gut ist, nicht? Zum Zweiten möchte ich all denen nochmal danken, die hierher gekommen sind, keine Mitglieder der Enquete-Kommission waren und sagten, das Thema ist uns so wichtig, daß wir uns einen ganzen Tag hier hinsetzen, die mit uns geredet haben und uns – ich glaube, das ist auch gelungen – noch ein bißchen klüger gemacht haben. Die meisten Bundestagsabgeordneten wollen nämlich lernen und wollen noch klüger werden, das muß man einmal sagen, weil man meistens den Eindruck hat, die Leute denken etwas anderes von uns. Ich möchte den Mitarbeitern der Medien danken, vor allen Dingen dem Kollegen Baum, der bis zuletzt ausgehalten hat. (Beifall) Er hat wirklich ein Dankeschön verdient, denn es gibt keine öffentliche Sitzung der Enquete-Kommission, an der Herr Baum nicht teilgenommen hat. Man merkt schon, er ist noch aus Zeiten, als es die DDR noch gab; damals ist er akkreditierter Journalist hier in der Hauptstadt der DDR gewesen. Ihn läßt das Thema nicht los, herzlich Dank noch einmal.

Uns allen hier ist deutlich, daß wir um die weitere Beschäftigung mit dem Thema nicht herumkommen, und mir fällt leicht zu sagen, daß allen auch deutlich ist, daß man die Enquete-Kommission an dieser Stelle nicht alleine lassen darf. Somit hätte das ganze nämlich wenig Sinn. Wir werden also nur mit Ihnen gemeinsam weiter an dieser Stelle etwas erreichen. Ganz wichtig ist Aufarbeitung als ein gesellschaftlicher Prozeß und als ein gesellschaftliches Bemühen, darum bin ich ganz sicher, daß die Enquete-Kommission sich darum bemühen wird, daß es so etwas wie eine Fortsetzung von AB-Maßnahmen geben wird über den Sommer 1997 hinaus. Ich habe hier nicht versprochen – damit mich keiner falsch versteht –, daß es das geben wird, weil ich natürlich aus weiß, daß die Angehörigen des Parlamentes, die zugleich Mitglieder der Enquete-Kommission sind, nicht die Mehrheit im Parlament darstellen, sondern sie müssen jetzt erst eine Mehrheit suchen. Darum werden wir uns aber bemühen.

Das Zweite: Es ist nicht nur ein gesellschaftlicher Prozeß. Ich glaube, es ist immer wieder auch ein individueller Prozeß an all den Stellen, an denen Einzelgeschichten deutlich wurden, auch aus dem Bereich der Volksbildung, ein individueller Prozeß, der nicht zeitlich begrenzt ist, sondern ein permanenter Prozeß ist. Den haben Menschen schon vor uns getätigt, als es die DDR noch gar nicht gab, und ich bin ganz sicher, das werden die Menschen auch noch tun, zumindest wenn sie klug sind, wenn es uns, die wir jetzt in diesem Raum sind, nicht mehr gibt. Aber bis dahin ist ja noch ein bißchen Zeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute, kommen Sie gut nach Hause, einen guten Sommer und gute Erfolge beim weiteren Aufarbeiten. Auf Wiedersehen.

Ende der Sitzung: 16.32 Uhr

Anhang

Diskussionsbeiträge der öffentlichen Diskussion während der Sitzungsunterbrechung von 12.16 – 12.39 Uhr.

Gesprächsleiter Abg. Gerald Häfner: Tom Sello ist mir bekannt, Du hast das Wort.

Tom Sello: Ich habe weniger Fragen als vielmehr ein paar Antworten auf die gestellten Fragen und vielleicht auch noch ein paar Anmerkungen zu Sachen, die meiner Meinung nach ein bißchen zu kurz gekommen sind.

Mein Name ist Tom Sello und ich arbeite im Matthias-Domaschk-Archiv in Berlin. Wir tragen seit Beginn der Wende Oppositionsmaterial zusammen. Material, das in kirchlichen Räumen entstanden ist, von Privatpersonen, Material über Widerstand, über widerständiges Verhalten und über die politischen Ideen von Leuten, die Auskunft darüber geben, warum sie das getan haben. Ich fange mit dem an, was es für heute bedeutet. Warum macht man das überhaupt? Wieso beschäftigt man sich mit dem alten Kram? Warum trägt man diese Schnipsel zusammen? Warum beschäftigt man sich mit Geschichte? Was hat es für eine Bedeutung? Geht es nur um die Geschichte? Das ist natürlich nicht so, sondern es hat nur einen Sinn, wenn es etwas mit der Gegenwart zu tun hat. Und genau darum geht es uns. Widerständiges Verhalten, Zivilcourage – das war in der DDR kein Massenphänomen, und das ist es auch jetzt nicht. Das kann man in vielen Bereichen sehen. Das kann man auf der Arbeit sehen, das kann man in der U-Bahn sehen, in der S-Bahn, das kann man überall wiederfinden. Und das Material, das wir zusammentragen, zeigt, wie Leute als Einzelperson Zivilcourage gezeigt haben. Und das ist auch genau der Grund, warum das wichtig ist für heute, warum das unsere Gesellschaft voranbringen kann. Und wenn Jugendliche zu uns kommen, dann finden sie genau solche Zeugnisse. Unser Anliegen ist es, das weiterzuvermitteln. Das ist vielleicht auch schon eine Antwort auf die Frage, die hier gestellt wurde, warum das gemacht wird. Wie kommen wir nun zu diesen Materialien? Kann das ein Landesarchiv, eine Bibliothek übernehmen? Es gibt ja genug. Es gibt große Ein-